

Unsere Forderungen und Ziele:

- Strukturpolitik muss sich auch in Zukunft auf die ärmsten Regionen der EU konzentrieren und dabei den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden. Sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge fördern. Sie muss im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Guter Arbeit, Armutsbekämpfung und der Gleichstellung der Geschlechter fördern.
- Die Förderung von Regionalflughäfen durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung muss abgeschafft werden!
- Mehr Geld für Strukturpolitik! Im Vergleich zur vergangenen Förderperiode stehen circa acht Prozent weniger Geld zur Verfügung. Das ist nicht hinnehmbar.
- Das Geld für den europäischen Hilfsfonds, für am stärksten von Armut betroffene Personen, wird in Zukunft aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gestellt. Damit wird das ohnehin knappe Geld für den ESF noch weniger. In der Vergangenheit wurde die Unterstützung für am stärksten von Armut betroffene Menschen aus anderen Töpfen des europäischen Mehrjährigen Finanzrahmens gestemmt. Dies muss auch in Zukunft wieder möglich sein. Das Geld aus dem Europäischen Sozialfonds muss dort bleiben, denn es ist bitter nötig.
- Mehr Demokratie und Teilhabe! Wirtschafts- und Sozialpartner, Vertreter der Zivilgesellschaft, NROs, regionale und lokale Akteure müssen bei der Ausgestaltung der Strukturpolitik vor Ort einbezogen werden. Wir fordern auch eine stärkere Einbeziehung der Landesparlamente.
- Der Sanktionsmechanismus muss abgeschafft werden. Hier werden Regionen für die Haushaltspolitik ihrer Mitgliedstaaten bestraft. Das ist ökonomisch kontraproduktiv.

weitere Informationen

Broschüre »Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig« (85 S.), download auf der Internetseite der LINKEN im Europaparlament: www.dielinke-europa.eu oder bei Cornelia Ernst kostenlos bestellen



Gabi Zimmer
Vorsitzende der
der GUE/NGL Fraktion



Cornelia Ernst
Sprecherin der Delegation
der LINKEN



Thomas Händel
Sprecher der Delegation
der LINKEN



Jürgen Klute



Sabine Lösing



Martina Michels



Helmut Scholz



Sabine Wils

Titelbild: iStockphoto.com



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT



Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig!

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
V.i.S.d.P. Thomas Händel, Cornelia Ernst

veränderter Nachdruck 02/2014

»Gefördert durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)«

Schilder mit diesem Hinweis finden sich europaweit an Baustellen für Straßen, Brücken und Gebäuden.

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) gehören zur Struktur- bzw. Kohäsionspolitik der EU. »Kohäsion« bedeutet »Zusammenhalt«, und dafür sind diese Fonds gedacht: Sie sollen den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU stärken. In der neuen Förderperiode 2014–2020 stehen ca. 325 Milliarden Euro für die gesamte EU zur Verfügung. Ein Großteil des Geldes fließt in die ärmsten Regionen (164 Milliarden Euro), zum Beispiel nach Ungarn, Bulgarien, Spanien, Griechenland. Die so genannten Übergangsregionen erhalten ca. 31 Milliarden Euro, und die am stärksten entwickelten Regionen 49 Milliarden Euro. Deutschland wird ca. 17 Milliarden Euro aus den Strukturfonds erhalten.

Worum geht es?

Im Rahmen der Kohäsions- und Strukturpolitik fördert der EFRE Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen, Forschung, Innovation, Telekommunikation, Umwelt, Energie und Transport. Der Europäische Sozialfonds ESF hingegen fördert Ausbildungen, den Zugang zum Arbeitsmarkt, Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt und die Vernetzung von Bildungseinrichtungen.

In Deutschland legen die jeweiligen Bundesländer fest, welche Kriterien und Anforderungen die Antragsteller und Projekte erfüllen müssen, um Gelder aus den Strukturfonds zu erhalten. Jedes Bundesland verfügt über eigene Anlaufstellen, bei denen Mittel aus den Strukturfonds beantragt werden können.

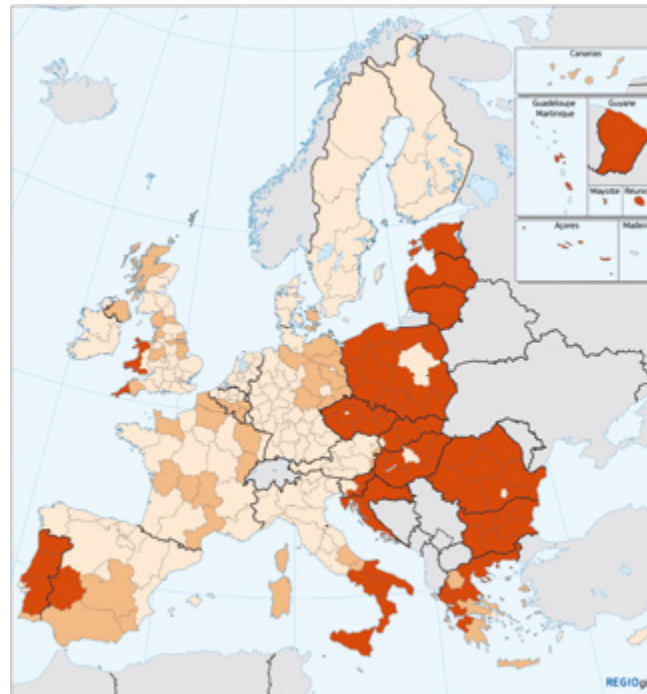
Was wird gefördert? Einige Beispiele:

- Berlin: Projekt »START: Chance« – Unterstützung für künftige Existenzgründer;
- Brandenburg: »Technologietransfer-Netzwerk iq Brandenburg« – Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft werden vernetzt;
- Sachsen: »ASSID – All Silicon System Integration Dresden«, Technologiezentrum für Forschungsprojekte und Prototypenentwicklung;
- Thüringen: »RENO – Regionale Entwicklungspartnerschaft Nordthüringen« Erfahrungsaustausch zwischen Nordthüringen und Österreich zur Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und anderen Politikbereichen;
- Baden-Württemberg: »PHOTON« – Forschung im Bereich der multidimensionalen Mikroskopie;
- Niedersachsen: »Potenzial Migrantinnen« –

Integration in den Arbeitsmarkt, Hilfe und Beratung bei Existenzgründungen;

- Nordrhein-Westfalen: »MSF-Factory in Dortmund« – Technologiezentrum für Unternehmen aus dem Bereich der Mikrosystemtechnologie;
- Schleswig-Holstein: »Portal nach vorn – wissenschaftliche Online-Weiterbildung in Schleswig-Holstein« – Entwicklung und Durchführung von Online-Weiterbildungskursen;

In den letzten zwanzig Jahren haben in Deutschland vor allem die ostdeutschen Bundesländer von der Strukturfondsförderung der EU profitiert. Die Erneuerung der Infrastruktur, die Förderung von Forschung und Entwicklung, und ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wären ohne diese Mittel nicht möglich gewesen. Aber auch in den alten Bundesländern finanzieren die Strukturfonds wirtschafts-, arbeitsmarkt- und umweltpolitische Projekte. So profitieren insbesondere strukturell stark belastete Regionen, wie z. B. das Ruhrgebiet, von den Zahlungen aus den Strukturfonds (z. B. RuhrTriennale, Kulturhauptstadt 2010).



Strukturfonds (EFRE und ESF) Förderfähigkeit 2014–2020

Kategorie

- Weniger entwickelte Regionen
- Übergangsregionen
- Weiter entwickelte Regionen

Anmerkung: Mayotte wird als weniger entwickelte Region förderfähig sein.
Quelle: DG REGIO

Die neue Struktur- und Kohäsionspolitik

In den letzten beiden Jahren wurde die Reform der Strukturfonds im Europaparlament und später mit dem Rat der EU verhandelt. Wir Linken konnten erreichen, dass sich die Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung künftig stärker ökologisch ausrichten muss. Für die ehemaligen Höchstfördergebiete und Übergangsregionen – das betrifft vor allem Ostdeutschland und die Region Lüneburg – konnten wir durch ein Sicherheitsnetz ein abruptes Wegbrechen der Finanzmittel verhindern. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass von europäischer Seite weiterhin 80 Prozent kofinanziert werden. Doch unterm Strich bringt die Reform der Förderpolitik nicht nur Licht, sondern auch Schatten: Im Vergleich zur ausgelassenen Förderperiode (2007–2013) ist das Budget der Strukturfonds um circa acht Prozent gesunken. Wir meinen: eine absolute Fehlentscheidung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen strukturschwache Regionen besonders unterstützt werden. Auch wurden neue bürokratische Anforderungen wie ein jährlicher Rechnungsabschluss und die Einrichtung einer Akkreditierungsbehörde eingeführt worden. Dies bedeutet für die Verwaltungen überflüssige bürokratische Hürden.

Kontraproduktiv und kurzsichtig

Die schwerwiegendste Änderung besteht jedoch in einem Sanktionsmechanismus, der still und heimlich unter dem Begriff der »makroökonomischen Konditionalität« eingeführt wurde. Künftig kann einer Region das Fördergeld gestrichen werden, wenn der jeweilige EU-Mitgliedstaat zu viele Schulden hat. Offiziell liegt diese Grenze, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt ist, bei drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes; die Staatsverschuldung darf nicht mehr als 60 Prozent der in einem Jahr erwirtschafteten Gesamtleistung betragen. Einer strukturschwachen Region im Falle wirtschaftlicher Schwäche zusätzlich den Fördergeldhahn zuzudrehen ist völlig kontraproduktiv. Im Europäischen Parlament haben wir vergeblich gegen diese Fehlentscheidung gekämpft. Konservative und Sozialdemokraten konnten sich mit dem Sanktionsmechanismus durchsetzen. Der Ausschuss der Regionen plant, gegen den Sanktionsmechanismus zu klagen. Strukturfonds sind und bleiben wichtig, um Investitionen, Fortbildung und Armutsbekämpfung zu ermöglichen.

Faule Tricks bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das wichtigste arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Förderinstrument der EU. Für die kommenden sieben Jahre wird aus dem ESF Geld für die Bekämpfung der europaweit explodierenden Jugendarbeitslosigkeit verwendet. Das klingt gut, hat aber einen Haken: Um Tatkraft und Entschlossenheit zu demonstrieren haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, bereits 2014 und 2015 einen Großteil des Geldes auszugeben. Dadurch entsteht der Eindruck, dass es mehr Geld gegen Jugendarbeitslosigkeit gibt als bisher. Auch fehlt damit Geld im Europäischen Sozialfonds (ESF), das ursprünglich für Armutsbekämpfung ausgegeben wurde.